

# Bundesfinanzen 2012: am Wendepunkt dossierpolitik

21. November 2011 Nummer 19

**Finanzpolitik** Der Bundeshaushalt schliesst voraussichtlich auch im nächsten Jahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Geplant ist ein struktureller Überschuss von rund 450 Millionen Franken. Dem Voranschlag liegen vergleichsweise optimistische Annahmen hinsichtlich des Wirtschaftsverlaufs und der Einnahmementwicklung zugrunde. Weil das Ausgabenwachstum aber eher moderat ist und die Schuldenbremse auf wirtschaftliche Verschlechterungen reagiert, wäre das Budget auch bei einem weniger positiven Wirtschaftsverlauf noch verfassungskonform. Insgesamt steht die Finanzpolitik an einem Wendepunkt. Die teilweise hohen Überschüsse der Vergangenheit finden ein Ende. Spannungen im Bundeshaushalt, die sich bereits heute abzeichnen, setzen voraussichtlich erst später ein. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Unsicherheiten und notwendiger Spielräume für wachstumsfördernde Reformen ist bei den Ausgaben besondere Zurückhaltung angezeigt.

## Position economieuisse

- ▶ Die Schuldenbremse hat die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung der Bundesfinanzen gelegt. Ihre Vorgaben sind auch in Zukunft verbindlich.
- ▶ Der Budgetvorschlag 2012 liegt im Rahmen der Erwartungen. Er darf ausgabenseitig nicht ausgeweitet werden.
- ▶ Sowohl die finanzpolitische Grobsteuerung wie auch die jährliche Feinabstimmung werden künftig anspruchsvoller. Sachpolitische Entscheide ohne Einbettung in den finanzpolitischen Gesamtzusammenhang schaden dem Haushalt insgesamt und sind deshalb abzulehnen.
- ▶ Handlungsspielräume für wachstumsfördernde Reformen erfordern strukturelle Massnahmen. Diese können 2012 in verschiedenen zentralen Aufgabenbereichen angegangen werden.



## Voranschlag 2012: kaum Überraschungen – Ausgleich wahrscheinlich

► Voranschlag 2012 im Rahmen der Erwartungen.

Der erste Voranschlag der neuen Legislaturperiode – sie dauert vom Dezember 2011 bis zum Herbst 2015 – ist inhaltlich sowie vom finanziellen Volumen her wenig spektakulär. In allen wesentlichen Punkten bewegt er sich im Rahmen der Erwartungen.

Spätestens seit Januar 2011 ist klar, dass das Jahr 2012 finanzpolitisch relativ ruhig werden wird. Neue Einnahmenberechnungen zeigten Anfang 2011, dass ein struktureller Einbruch auf der Einnahmenseite als Folge der Krise von 2009 ausgeblieben war und sich die zuvor erwarteten Defizite nicht einstellten. Die Rechnung des Jahres 2010 schloss positiv ab (mit einem Überschuss von 3,6 Milliarden statt einem Defizit von 2 Milliarden Franken), und auch für die Rechnung des laufenden Jahres 2011 wird ein Überschuss erwartet (gemäss aktuellen Hochrechnungen beträgt er 1,4 Milliarden Franken). Ein für die Jahre 2012 und 2013 angekündigtes Konsolidierungsprogramm wurde aufgrund der neuen Ausgangslage deshalb in Teilen gestrichen. Betroffen war eine Anzahl kleinerer Strukturreformen, die Entlastungen von rund 300 Millionen Franken gebracht hätten. Sie waren als erste konkrete Umsetzung des seit Jahren diskutierten Projekts der Aufgabenüberprüfung gedacht.

► Schwarze Null – struktureller Überschuss.

Für das Jahr 2012 sieht der Voranschlag im Ergebnis eine schwarze Null vor. Strukturell resultiert ein Überschuss von rund 450 Millionen Franken. Der Überschuss geht auf eine Regel der Schuldenbremse zurück, dass bei entsprechender wirtschaftlicher Lage (Unterauslastung) Zusatzausgaben möglich sind. Der Bundesrat beabsichtigt jedoch, diesen Spielraum nicht für zusätzliche Ausgaben, sondern zur Kompensation der ausserordentlichen Ausgaben des laufenden Jahres zu verwenden. 2011 fallen ausserordentliche Ausgaben in der Höhe von 2 Milliarden Franken an, und zwar für die Sanierung der Pensionskasse der SBB (1,148 Milliarden) sowie für eine Zusatzeinlage in den Infrastrukturfonds (850 Millionen). Gemäss der Ergänzungsregel zur Schuldenbremse müssen ausserordentliche Ausgaben über einen Zeitraum von sechs Jahren innerhalb des ordentlichen Budgets kompensiert werden.

Der Voranschlag plant Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 64,1 Milliarden Franken. Im Finanzierungsergebnis resultiert ein symbolischer Überschuss von 17 Millionen.

► Sonderfaktoren vor allem bei den Einnahmen.

### Sonderfaktoren auf der Einnahmen- und Ausgabenseite

Verschiedene Sonderfaktoren beeinflussen den Voranschlag. Auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite ergibt sich ein einmaliger Effekt aufgrund des Transfers des Investitionsportfolios des Bundes an die Schweizerische Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM. Der Effekt beträgt 480 Millionen Franken und entspricht einem Darlehen des Bundes an die SIFEM. Gleichzeitig entstehen durch den Verkauf des Investitionsportfolios an diese Organisation einmalige Einnahmen in der gleichen Höhe. Das Parlament hat diesen haushaltsneutralen Vorgang bereits bewilligt. Auf der Einnahmenseite stellt die befristete Mehrwertsteuererhöhung für die IV einen Sonderfaktor dar. Die per 1. Januar 2011 in Kraft getretene Anhebung der Mehrwertsteuersätze bringt erst 2012 die vollen Erträge. Bei der Verrechnungssteuer bringt eine neue Schätzmethode Mehreinnahmen (479 Millionen Franken). Mindereinnahmen entstehen aufgrund der sinkenden Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. Der Bund rechnet mit 333 Millionen Franken (bisher: 833 Millionen). Aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen wird ein ausserordentlicher Ertrag von 634 Millionen Franken budgetiert. Die Eckwerte des Bundeshaushalts sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

**Tabelle 1**

► Die Ausgabenquote des Bundes ist zuletzt wieder angestiegen, der Handlungsspielraum innerhalb der Vorgaben der Schuldenbremse sinkt kontinuierlich. Die positiven Ergebnisse der Vergangenheit waren vor allem auch auf das hohe Einnahmenwachstum zurückzuführen.

► Optimistische Einschätzung der Einnahmen.

► Verkehr, Bildung und Entwicklungshilfe wachsen überproportional.

**Der Voranschlag 2012 im Überblick**

Beträge in Milliarden Franken

	2008	2009	2010	VA 2011	VA 2012
<b>Finanzierungsrechnung</b>					
Ordentliche Einnahmen	63,9	60,9	62,8	62,4	64,1
Ordentliche Ausgaben	56,6	58,2	59,3	63,1	64,1
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	7,3	2,7	3,6	-0,6	0,0
Ausserordentliche Einnahmen	0,3	7,0	-	-	0,6
Ausserordentliche Ausgaben	11,1	-	0,4	2,0	-
<b>Finanzierungsergebnis</b>	-3,6	9,7	3,1	-2,6	0,7
<b>Vorgaben der Schuldenbremse</b>					
Maximal zulässiges Defizit	1,1	-1,1	-0,8	-0,8	-0,4
Höchstzulässige Ausgaben	73,9	62,0	63,7	65,1	64,1
<b>Kennzahlen in Prozent des BIP</b>					
Ausgabenquote	10,4	10,9	10,8	11,1	11,2
Steuerquote	10,8	10,4	10,6	10,1	10,5
Schuldenquote	22,3	20,7	20,1	20,4	19,5
<b>Volkswirtschaftliche Eckwerte</b>					
Reales BIP-Wachstum in Prozent	2,1	-1,9	2,7	1,6	1,5
Teuerung	2,4	-0,5	0,7	0,8	0,7

Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2011).

**Anhaltende Dynamik bei den Einnahmen**

Die Einnahmen sollen gegenüber dem letzten Voranschlag für das Jahr 2011 um 2,7 Prozent wachsen. Die budgetierten Mehreinnahmen betragen 1,7 Milliarden Franken. Bei den Steuereinnahmen fallen insbesondere die Zunahmen bei der direkten Bundessteuer (+1,2 Milliarden) und der Mehrwertsteuer (+1,1 Milliarden) ins Gewicht. Während bei der Mehrwertsteuer das Wirtschaftswachstum ausschlaggebend ist, sollen bei der direkten Bundessteuer vor allem höhere Unternehmensgewinne zu Mehreinnahmen führen. Bei den natürlichen Personen machen sich Steuerreformen bemerkbar. Die Reform der Familienbesteuerung und der jährliche Ausgleich der kalten Progression führen im Saldo zu Mindereinnahmen von fast 1 Milliarde Franken. Die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer gewinnen weiter an Bedeutung. Sie sind die mit Abstand wichtigsten Einnahmequellen des Bundes (Grafik 1, Seite 3).

**Bekannte und neue Ausgabentreiber**

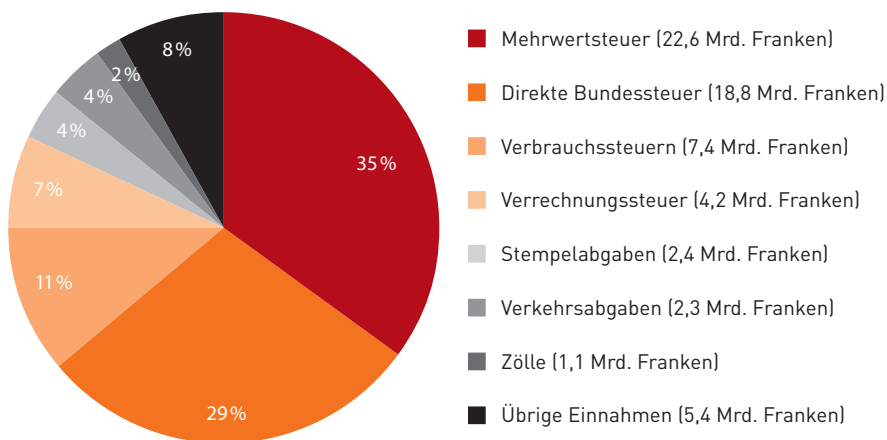
Unter Ausklammerung des SIFEM-Sondereffekts wachsen die Ausgaben 2012 gegenüber dem letzten Voranschlag um rund 1 Milliarde Franken oder 1,6 Prozent. Bedeutende Mehrausgaben verzeichnen wie schon in den Vorjahren die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt, Bildung und Beziehungen zum Ausland. Neu ist die Zuwachsrate auch im Verkehr überdurchschnittlich. Der zweitgrösste Aufgabenbereich Finanzen und Steuern, der eine Sonderstellung einnimmt und kurzfristig kaum steuerbar ist, verzeichnet einen Zuwachs von zwei Prozent. Demgegenüber entwickeln sich die Bereiche Landesverteidigung und Landwirtschaft unterdurchschnittlich. Grafik 2 zeigt die Struktur der Bundesausgaben.

**Grafik 1**

► Fast zwei Drittel der Einnahmen des Bundes entfallen auf die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer. Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundessteuern folgen diese beiden Steuern in ihren Erträgen der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie gewinnen dadurch zusehends an Bedeutung.

**Mehrwertsteuer bleibt wichtigste Einnahmequelle**

Anteil der Einnahmequellen an den Gesamteinnahmen in Prozent (2012)



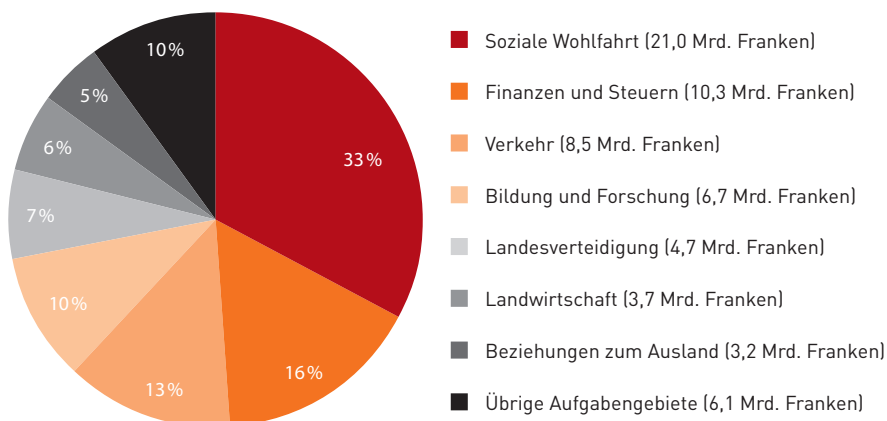
Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2011), Bericht zum Voranschlag 2012.

**Grafik 2**

► Drei Viertel des Bundeshaushalts sind Transferzahlungen. Fast die Hälfte des Budgets entfällt auf die Bereiche Soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern, die fast ausschliesslich gesetzlich gebundene Ausgaben enthalten. Der politische Gestaltungsspielraum mit Bezug auf das Budget ist kurzfristig somit relativ klein.

**Jeder dritte Franken für die Soziale Wohlfahrt**

Anteil der Aufgabenbereiche an den Gesamtausgaben in Prozent (2012)



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2011), Bericht zum Voranschlag 2012.

**Ordentliche Ausgaben im Überblick**

Die grössten Aufgabenbereiche des Bundes entwickeln sich 2012 wie folgt:

► **Soziale Wohlfahrt (+2,9 Prozent)**

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt steigen um knapp 600 Millionen Franken. Mit einer Zunahme von 2,9 Prozent liegt das Ausgabenwachstum deutlich über jenem des Gesamthaushalts (1,6 Prozent). Ursache für die höheren Ausgaben sind vor allem die gesetzlich festgelegten Beiträge des Bundes an die AHV und die IV. Die Zunahme von 257 Millionen Franken bei der AHV beruht zur Hauptsache auf der demografischen Entwicklung (Zunahme der Anzahl Rentnerinnen und Rentner). Bei der IV ist die Zunahme von 127 Millionen Franken auf die befristete Mehrwertsteuererhöhung (2011 bis 2017) zurückzuführen. Deutlich höher sind die Ausgaben auch im Bereich Migration (+94 Millionen) sowie bei der Prämienverbilligung (+83 Millionen).

▶ **Finanzen und Steuern (+2,0 Prozent)**

Der zweigrösste Aufgabenbereich des Bundes enthält die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen (Anteile der Kantone an der direkten Bundessteuer, der Schwerverkehrsabgabe und der Verrechnungssteuer), die Kosten für die Schulden- und Vermögensverwaltung sowie die Beiträge des Bundes an den Finanzausgleich. Das Ausgabenwachstum von 200 Millionen Franken ist uneinheitlich. Während durch höhere Kantonsanteile und steigende Ausgaben für den Neuen Finanzausgleich Mehrausgaben von 338 Millionen Franken anfallen, sinken die Kosten für die Vermögens- und Schuldenverwaltung um 139 Millionen.

▶ **Verkehr (+4,7 Prozent)**

Das überdurchschnittliche Ausgabenwachstum ist auf eine deutliche Zunahme der Mittel in den drei Unterbereichen Strassenverkehr, öffentlicher Verkehr und Luftfahrt zurückzuführen. Beim Strassenverkehr bewirken der Ausbau der Nationalstrassen und die gestiegenen Kosten für deren Unterhalt eine Zunahme von 129 Millionen Franken. Beim öffentlichen Verkehr werden die Beiträge an die Infrastrukturen der SBB und der Privatbahnen um 130 Millionen Franken erhöht. Zusätzlich steigen auch die Einlagen in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV-Fonds) sowie die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr. Insgesamt wachsen die Verkehrsausgaben um 382 Millionen Franken.

▶ **Bildung und Forschung (+5,6 Prozent)**

Die Bildungs- und Forschungsausgaben steigen gegenüber dem Vorjahr um rund 350 Millionen Franken. Die Zunahme entfällt zu fast gleichen Teilen auf die Bildung und die Forschung. Die höchsten Mehrausgaben verzeichnet die Berufsbildung (+14 Prozent oder 108 Millionen). Die deutliche Steigerung ist auf den Willen des Parlaments zurückzuführen, den Anteil der öffentlichen Hand an den Berufsbildungskosten auf die gesetzlich vereinbarten 25 Prozent zu erhöhen. Für die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung werden 90 bzw. 95 Millionen Franken zusätzlich gesprochen. Demgegenüber ist die Zunahme bei den Beiträgen an die Hochschulen (+3,2 Prozent) mit 60 Millionen Franken vergleichsweise moderat.

▶ **Landesverteidigung (-5,9 Prozent)**

Die Abnahme von knapp 290 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr ist auf Sondereffekte zurückzuführen. Im laufenden Jahr 2011 steigen die Ausgaben der Verteidigung aufgrund von übertragenen Kreditresten aus den Vorjahren überdurchschnittlich stark. Einen ähnlichen Sondereffekt gibt es im nächsten Jahr nicht. Entsprechend sind die Ausgaben wieder rückläufig. Die vom Parlament in der Herbstsession beschlossenen Mittelaufstockungen treten frühestens 2014 in Kraft.

▶ **Landwirtschaft (+0,9 Prozent)**

Der Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft ist seit Jahren etwa konstant. Die Direktzahlungen, die rund drei Viertel der Ausgaben ausmachen, steigen nur geringfügig um 11 Millionen Franken.

▶ **Beziehungen zum Ausland (+7,0 Prozent)**

Die starke prozentuale Zunahme von sieben Prozent ist hauptsächlich auf die im ersten Halbjahr 2011 beschlossene Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zurückzuführen. Wie bereits im Vorjahr führt dies zu Mehrausgaben von rund 170 Millionen Franken. Ein hohes prozentuales Wachstum weist auch die Hilfe an Ostländer und an die Erweiterung der EU auf (+7,7 Prozent), weil sich viele damit verbundene Projekte in der Durchführungsphase befinden.

► Unsichere Wirtschaftslage gefährdet verfassungskonformes Budget für das Jahr 2012 nicht.

### **Einfluss der Wirtschaftsentwicklung**

Da der Voranschlag des Bundes stark von den verschiedenen makroökonomischen Referenzgrössen beeinflusst wird, entwickelt die Eidgenössische Finanzverwaltung jeweils zusätzliche Alternativszenarien. Die Sensitivitätsanalyse für das nächste Jahr zeigt hinsichtlich des Ergebnisses kaum Unterschiede. Im sogenannten Bad-Case-Szenario wird unterstellt, dass sich die Aufwertung des Schweizer Frankens weiter verstärkt, die Exporte nur noch langsam wachsen und die Erdölpreise deutlich ansteigen. Das Bruttoinlandsprodukt liegt in diesem Fall rund 1,5 Prozentpunkte tiefer als im Basisszenario, was Mindereinnahmen von rund 1,1 Milliarden Franken zur Folge hätte. Gleichzeitig sollte die Schuldenbremse aufgrund der verschlechterten Wirtschaftslage zusätzliche Spielräume von rund 700 Millionen Franken ermöglichen, und die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen würden tiefer ausfallen. Unter dem Strich würden die Vorgaben der Schuldenbremse auch in diesem Szenario eingehalten. Im umgekehrten Fall könnte eine überraschend positive konjunkturelle Entwicklung und eine Abwertung des Schweizer Frankens zu Mehreinnahmen von rund 1,3 Milliarden Franken führen. Aufgrund der Vorgaben der Schuldenbremse wäre ein Überschuss von 0,4 Milliarden Franken erforderlich. Gleichzeitig würden die Anteile Dritter ebenfalls deutlich steigen. Die Szenarien zeigen, dass konjunkturelle Schwankungen kurzfristig nur einen geringen Einfluss auf den Bundeshaushalt haben. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden in jedem Fall eingehalten. Das Ergebnis macht deutlich, dass die Schuldenbremse auf die Konjunktur Rücksicht nimmt und damit als automatischer Stabilisator wirkt.

► Finanzpolitik: Erfolgreiche Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu.

### **Finanzpolitischer Rückblick und Ausblick**

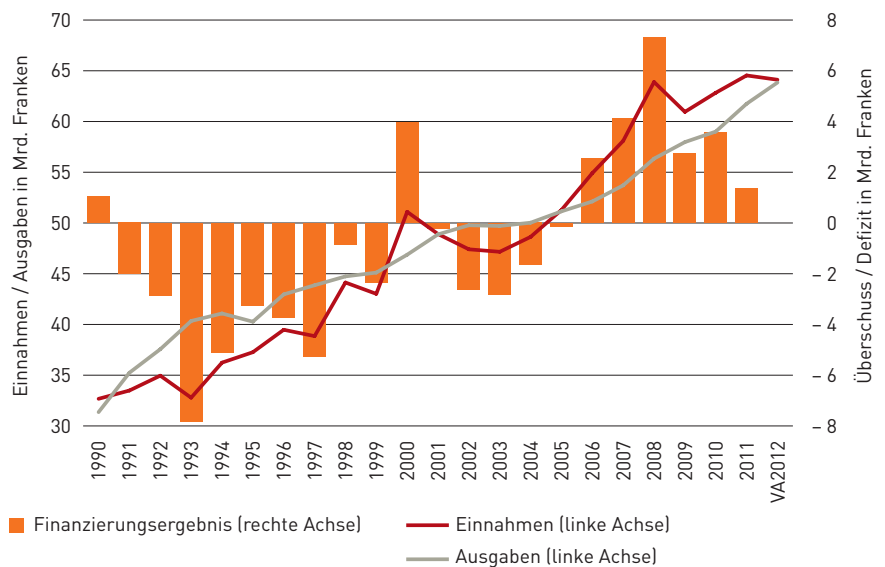
Die 48. Legislatur (2007 bis 2011) hat finanzpolitisch keine hohen Wellen geschlagen. Diese Beurteilung darf durchaus positiv verstanden werden: Der Bundeshaushalt ist auf Kurs, die in der vorangegangenen Legislatur (2003 bis 2007) eingeführte Schuldenbremse hat Fuss gefasst. Die Legislatur begann mit einem Spitzenjahr (2008), die darauf folgende wirtschaftliche Eintrübung brachte den Bundeshaushalt nicht in Bedrängnis. Die Erholung erfolgte rasch und wider Erwarten kräftig (Grafik 3, Seite 6). Der finanzpolitische Erfolg des Bundes hat vor allem zwei Gründe: die Wirtschaftsexpansion und die Schuldenbremse. Die anfänglich und gegen Schluss wieder starke Wirtschaft und der in der Mitte vergleichsweise schwache Einbruch erlaubten ein stattliches Einnahmen- und Ausgabenwachstum und darüber hinaus den Abbau der zuvor rekordhohen Bundesverschuldung im Umfang von über 20 Milliarden Franken seit Ende 2005. Die Schuldenbremse sicherte gleichzeitig die Budgetdisziplin. Im Ergebnis war der Bundeshaushalt in allen Jahren im Plus – eine Leistung, die es seit der 36. Legislaturperiode der Jahre 1959 bis 1963 nicht mehr gegeben hat.

**Grafik 3**

► Gemäss Hochrechnung wird der Bund dieses Jahr zum sechsten Mal in Folge mit einem Überschuss abschliessen. Für 2012 wird jedoch nur noch mit einem ausgeglichenen Haushalt gerechnet. Die Finanzpolitik befindet sich an einem Wendepunkt.

**Entwicklung des Bundeshaushalts (1990 bis 2012)**

Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungsergebnis in Milliarden Franken



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2011).

► Strukturreformen sind mehrheitlich ausgeblieben.

Auf der Schattenseite steht, dass wichtige Strukturreformen in den letzten vier Jahren entweder nicht angepackt (Landwirtschaft), nicht mit der notwendigen Konsequenz durchgezogen (Bildung, Armee), oder nach zum Teil jahrelanger Beratung in letzter Minute abgebrochen wurden (AHV, Gesundheit). Abgeschlossene Reformen bei der IV und der ALV brachten Lösungen, die zumindest teilweise Zusatzeinnahmen und Beitragserhöhungen zur Folge hatten. Im Gesundheitsbereich wurde mit der Managed-Care-Vorlage zwar ein Zwischenziel erreicht; für eine wirklich spürbare Dämpfung des Gesundheitskostenanstiegs – der Bund ist über seinen Beitrag an die Prämienverbilligung vom Anstieg direkt betroffen – reicht diese Reform aber nicht. Bei der IV läuft derzeit im Parlament der zweite Teil der Sanierung (Revision 6b), der neben leistungsseitigen Massnahmen auch eine an der Schuldenbremse orientierte Fiskalregel zur nachhaltigen finanziellen Absicherung bringen soll.

► Vier Handlungsfelder für die Finanzpolitik.

Mit Blick auf die Herausforderungen der kommenden Legislatur zeichnen sich vier Handlungsfelder ab. Sie betreffen sowohl die finanzpolitische Grobsteuerung als auch die jährliche Feinabstimmung im Rahmen des Budgets.

► **Haushaltsgleichgewicht**

Die Einnahmen werden in den kommenden Jahren voraussichtlich nicht im gleichen Mass weiter steigen wie während der Hochkonjunkturphase zwischen 2005 und 2008 sowie als Folge der wirtschaftlichen Erholung in den Jahren 2010 und 2011. Die nachlassende Weltwirtschaft und das spezifische Problem der Frankenstärke werden das Wirtschaftswachstum dämpfen. Gleichzeitig führen verschiedene Parlamentsbeschlüsse zu bedeutenden Mehrausgaben (insbesondere Entwicklungshilfe und Armee). Die Sicherung der Schuldenbremse könnte damit zum ersten Mal seit dem vollen Inkrafttreten dieses Instruments anspruchsvoll werden. Die Schuldenbremse an sich steht dabei ausser Frage. Wie wenig andere Instrumente des Staates ist sie demokratisch legitimiert. Die Vorgaben der Schuldenbremse sind von der Verfassung gestützt und verbindlich. Anpassungen drängen sich keine auf. Der Erfolg und die hohe Anerkennung im Ausland geben der Schuldenbremse Recht. Versuche, sie aufzuweichen, sind auch mit Blick auf die Erfahrungen in Europa strikt abzulehnen.



▶ **Haushaltsqualität**

Die Schuldenbremse garantiert den mittelfristigen Haushaltsausgleich. Auf Fehlentwicklungen innerhalb des Haushalts nimmt sie jedoch keinen Einfluss. Unter den Fehlentwicklungen steht das seit Jahren überproportionale Wachstum der gesetzlich gebundenen Sozialausgaben (einschliesslich der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung) an vorderster Stelle. Das starke Wachstum dieser Ausgaben verdrängt mehr und mehr die gesetzlich ungebundenen Aufgaben, ohne dass das Parlament kurzfristige Möglichkeiten für grundlegende Korrekturen hätte. Unter dem starken Wachstum der gesetzlich gebundenen Ausgaben leidet die Haushaltsqualität. Der Haushaltsqualität schaden zudem auch isoliert beschlossene Ausgabenerhöhungen. Sie führen unter Umständen zu Entlastungs- und Konsolidierungsprogrammen, die zwar nötig sind, um kurz- und mittelfristig das Haushaltsgleichgewicht wiederherzustellen, die aber inhaltlich häufig als wenig befriedigend wahrgenommen werden. Sachpolitische Entscheide, die in der Materie begründet sein mögen, aber ohne Rücksicht auf den finanzpolitischen Gesamtzusammenhang getroffen werden, sind in diesem Sinn problematisch. Aktuelle Beispiele sind die starke Erhöhung der Entwicklungshilfe und der jüngste Planungsbeschluss zur Aufstockung der Mittel für die Armee. Ein weiteres Entlastungsprogramm zur Finanzierung der beiden Beschlüsse gilt als wahrscheinlich.

▶ **Handlungsspielräume**

Die Handlungsspielräume sind im Bundeshaushalt seit Jahren eng begrenzt. Soll Platz für neue Aufgaben geschaffen werden, braucht es solche Spielräume. Neue Handlungsmöglichkeiten schaffen Strukturreformen, wie sie sich der Bundesrat und das Parlament im Rahmen der Aufgabenüberprüfung zum Ziel gesetzt haben. Auch wenn es sich bei diesem nun seit Jahren diskutierten Projekt heute kaum mehr um ein kohärentes Ganzes handelt (ein nach übergeordneten Zielsetzungen gesteuertes Massnahmenbündel), stimmt die Stossrichtung dennoch. Für neue, wachstums- und wohlfördernde Massnahmen, die unverzichtbar sind, müssen Prioritätenverschiebungen im Bundeshaushalt vorgenommen werden, das heisst Abstriche und Verzichte bei den bestehenden Aufgaben. Das Jahr 2012 bietet sich in dieser Hinsicht für verschiedene Reformen an: Im Verkehr gelangt die Vorlage für die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) ins Parlament (hier geht es um eine Stärkung der Benutzerfinanzierung zur Deckung der hohen Investitions- und Unterhaltskosten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten). Im Sozialbereich wird über die für die finanzielle Selbstständigkeit der IV wichtige Revision 6b entschieden. Die Erneuerung grosser Zahlungsrahmen für die Bildung und die Landwirtschaft steht an, und die Arbeiten zur Umsetzung des Planungsbeschlusses des Parlaments zur Finanzierung der Armee und zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge konkretisieren sich.

▶ **Nachhaltigkeit bei Sozialversicherungen**

Wie die aufwendige Sanierung der IV zeigt, ist eine nachhaltige finanzielle Entwicklung gerade bei den grossen Sozialversicherungen besonders wichtig. Dies nicht nur, um eine nur schwer zu korrigierende Schuldenentwicklung zu vermeiden, sondern auch, weil sich ein unkontrolliertes Ausgabenwachstum in diesem gesetzlich gebundenen Bereich direkt auf den Bundeshaushalt auswirkt. Aus diesem Grund verlangt die Wirtschaft für die AHV und die IV Fiskalregeln ähnlich der Schuldenbremse, die die nachhaltige Finanzierung sicherstellen und die Politik im Bedarfsfall frühzeitig zu Korrekturen zwingen. Ebenfalls unerlässlich ist die wirksame Dämpfung des Kostenwachstums im Gesundheitsbereich.

► 2012 ist ein Jahr des Übergangs, in dem die Periode regelmässiger hoher Überschüsse ausläuft.

## Schlussfolgerung

Zusammenfassend stellt sich das Jahr 2012 als ein Jahr des Übergangs dar, in dem die Periode regelmässiger hoher Überschüsse ausläuft und die finanzpolitischen Herausforderungen – die absehbar sind – sich noch kaum in den Zahlen niederschlagen. Der Bundesrat wird die finanzpolitischen Entwicklungen über die gesamte Legislaturperiode im Frühling 2012 im Legislaturfinanzplan 2013 bis 2015 im Detail darstellen. Je nachdem, wie die Politik die Herausforderungen bewältigt, werden die sich abzeichnenden Gewitterwolken mehr oder weniger dunkel sein. Am grundsätzlichen Trend, dass sich die Finanzpolitik des Bundes gegenwärtig an einem Wendepunkt befindet, bestehen jedoch keine Zweifel. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Unsicherheiten und notwendiger Spielräume für wachstumsfördernde Reformen ist bei den Ausgaben in jedem Fall Zurückhaltung angezeigt.

### Rückfragen:

frank.marty@economiesuisse.ch

martin.weder@economiesuisse.ch

### Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen  
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich  
[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)